

Samstag, 16. Juli 2022 [Göttingen](#)

Ein Trauerspiel in mehreren Akten

Kommentar zur Diskussion um ehemalige JVA

und Michael Brakemeier



Schlechter hätte die öffentliche Kommunikation in der Diskussion um die ehemalige JVA kaum laufen können. Ein Trauerspiel in mehreren Akten.

Mit einer Pressemitteilung war Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) am 1. Juli über ihre Pressestelle vorgeprescht und hatte angekündigt: „Stadt will mit Trafo Hub GmbH weiterverhandeln“, Verkauf des Gebäudes inklusive – mit jenem Unternehmen also, dass in dem denkmalgeschützten Gebäude Platz für Start-ups, Co-Working-Spaces und Wohnungen schaffen will. Der Initiative „Soziales Zentrum“, einem Mitbewerber um die Nutzung der städtischen Immobilie, erteilte Broistedt in der Pressemitteilung gleich noch eine deutliche Absage.

Immerhin: Die Verwaltung verweist in der Mitteilung auf die formale Be-

ratungsfolge über die entsprechende Verwaltungsvorlage – erst öffentlich im Bauausschuss, dann endgültig und nicht-öffentlich im Verwaltungsausschuss am 11. Juli. Doch Broistedt greift mit ihrer öffentlichen Äußerung der politischen Entscheidung vor. Denn sie weiß genau: Für einen geplanten JVA-Verkauf gibt es im Bauausschuss keine Mehrheit. Sie weiß aber auch: Im dann entscheidenden Verwaltungsausschuss hat das Haushaltsbündnis aus Broistedts SPD, der CDU und der FDP anders als im Bauausschuss die Stimmenmehrheit.

Sicher, mit Veröffentlichung der Pressemitteilung war auf der Internetseite der Stadt die Verwaltungsvorlage über die Verkaufsverhandlungen mit der Trafo Hub GmbH aufzurufen. Verwaltungssprecher Dominik Kiyon hat daher Recht, wenn er sagt, mit der Pressemitteilung seien darüber hinaus keine neuen Informationen veröffentlicht worden. Aber Hand aufs Herz: Welche Form der Veröffentlichung ist öffentlichkeitswirksamer? Eine über vielfältige Kanäle verbreitete Mitteilung? Oder eine ins Netz gestellte Tagesordnung eines Ratsgremiums?

Warum die Oberbürgermeisterin diesen voreiligen Schritt in einer ohnehin schon hitzig geführten Diskussion um die Zukunft der ehemaligen JVA gegangen ist, darüber kann nur gemutmaßt werden. Selbst in Reihen des Haushaltsbündnisses ist von mangelndem Taktgefühl die Rede – weniger von böswilliger Absicht.

Die nächste Kommunikationspanne erfolgte dann in der Bauausschusssitzung. Im Namen des Haushaltsbündnisses und der Verwaltung präsentierte die CDU den Vorschlag, die Initiative „Soziales Zentrum“ könne doch in das stark sanierungsbedürftige Gebäude der Heilsarmee ziehen, die Heilsarmee bekomme ein – bislang nicht näher benanntes – Ersatzquartier. Sowohl für die Vertreterinnen der Heilsarmee als auch des Sozialen Zentrums kam dieser Vorschlag überraschend. Mit ihnen als direkt Betroffene hatte niemand darüber gesprochen.

Das wirft die Frage auf: Warum nicht? Denn es dürfte klar sein, dass diese Idee nicht erst in der Sitzungspause des Bauausschusses entstanden ist. Und selbst wenn sie erst einen Tag zuvor in den Fraktionssitzungen entstanden ist: Was spricht dagegen, die beteiligten Gruppen kurz von der neuen Idee zu unterrichten? Bis heute weiß die Heilsmar-

mee nicht, welches Gebäude denn als mögliches neues Quartier auserkoren wurde.

Dieser neue Vorschlag mag seitens der Politik im Einvernehmen mit der Verwaltung als Friedensangebot gedacht sein, um für alle Beteiligten eine akzeptable Lösung zu finden. Zur Farce wird es aber dann, wenn der Verwaltungsausschuss einen von den Grünen beantragten Beratungsbedarf zu dem ohnehin komplexen Thema und der nun noch unübersichtlicheren Gemengelage übergeht.

Grüner Beratungsbedarf

Früher war es guter Brauch, dass bei Beratungsbedarf einer Fraktion das Thema meist auf die nächste öffentliche Sitzung vertagt wurde – ohne Abstimmung über den Beratungsbedarf. Das funktioniert heute anders: Über den Beratungsbedarf wird abgestimmt und dieser kann vom Verwaltungsausschuss wieder gekippt werden. Das mag alles gesetzeskonform sein: Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit unter den Ratspolitikern wird so erschwert, die Außenwirkung leidet.

Dass Oberbürgermeisterin Broistedt in der Ratssitzung am Montag erst dann detailliert auf das Thema ehemalige JVA eingeht, als sie in der Bürgerfragestunde explizit danach gefragt wird, obwohl sie doch weiß, dass viele der anwesenden Bürger genau deshalb zur Sitzung gekommen sind, ist dann fast nur noch eine Fußnote in dem Kommunikationstrauerspiel.